



## **Ausschuss für Schule und Bildung**

### **13. Sitzung (öffentlich)**

8. Februar 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:33 Uhr bis 10:20 Uhr

10:30 Uhr bis 13:00 Uhr

Vorsitz: Florian Braun (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- 1 Sachstand Umgang mit Lese-Rechtschreibstörungen und Dyskalkulie im Schulalltag** **7**  
  
Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/568  
  
– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage 1*)
  
- 2 Aus der Pandemie lernen: Kindertagesstätten, allgemeinbildende Schulen im Primar- und Sekundarbereich sowie Förderschulen in Nordrhein-Westfalen zur kritischen Infrastruktur entwickeln und den nächsten Herbst vorbereiten!** **17**  
  
Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/60  
  
Ausschussprotokoll 18/90 (Anhörung am 29.11.2022)  
  
– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion, den Antrag abzulehnen.

**3 Hilferuf der Schulleitungen ernstnehmen: Gewalt an Schulen in den Griff bekommen! 21**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 18/1681

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

**4 Fachkräftewende schaffen: Offensive für Berufliche Bildung 23**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 18/2556

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt auf Antrag der AfD-Fraktion überein, den Antrag heute nicht zu behandeln, sondern in der nächsten Ausschusssitzung erneut aufzurufen.

**5 Gesetz zur Anpassung der Lehrkräftebesoldung sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften 24**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/2277

Vorlage 18/667

– mündlicher Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss kommt überein, sich an einer Anhörung im federführenden Ausschuss pflichtig zu beteiligen.

- 6 Chancen der Harmonisierung von Schul- und Semesterferien nutzen! 26**
- Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/2555
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, sich an einer Anhörung im federführenden Ausschuss pflichtig zu beteiligen.
- 7 NRW braucht einen Masterplan zur Stärkung der Kindergesundheit! 27**
- Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/2552
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, sich an einer Anhörung im federführenden Ausschuss pflichtig zu beteiligen.
- 8 Für Gesundheit, Landwirtschaft & Umwelt: Entwicklung einer ganzheitlichen Ernährungsstrategie für Nordrhein-Westfalen 28**
- Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/2550
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, sich an einer Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich zu beteiligen.
- 9 Ergebnisse des Abschlussberichts „Darstellungen der jüdischen Geschichte, Kultur und Religion in Schulbüchern des Landes Nordrhein-Westfalen“ (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2]) 29**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/675
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

- 10 Bildung für nachhaltige Entwicklung an den Schulen in Nordrhein-Westfalen** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])* **33**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/736
- mündlicher Bericht der Landesregierung
  - Wortbeiträge
- 11 Aktueller Stand OGS** **34**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/737
- mündlicher Bericht der Landesregierung
  - Wortbeiträge
- 12 Welche Schlüsse zieht die Landesregierung aus dem Deutschen Schulbarometer?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])* **38**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/804
- Wortbeiträge
- 13 Selbstständiges und eigenverantwortliches Lernen in Schulen** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 5])* **41**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/803
- Wortbeiträge
- 14 Sachstand Unterrichtsausfall an den Schulen in Nordrhein-Westfalen im ersten Halbjahr des Schuljahres 2022/2023** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])* **42**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage wird erwartet

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.

**15 Sachstand Vertretungslehrkräfte** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7]*) **43**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/805

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.

**16 Vorschläge der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission (SWK) der Kultusministerkonferenz zum Umgang mit dem akuten Lehrkräftemangel** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 8]*) **44**

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.

**17 Besoldung im Referendariat** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 9]*) **45**

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.

**18 Ankommen und Aufholen nach Corona** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 10]*) **46**

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.

**19 Verschiedenes** **47**

– keine Wortbeiträge



## 2 **Aus der Pandemie lernen: Kindertagesstätten, allgemeinbildende Schulen im Primar- und Sekundarbereich sowie Förderschulen in Nordrhein-Westfalen zur kritischen Infrastruktur entwickeln und den nächsten Herbst vorbereiten!**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/60

Ausschussprotokoll 18/90 (Anhörung am 29.11.2022)

– abschließende Beratung und Abstimmung

*(Der Antrag wurde am 31.08.2022 mit den Stimmen aller Fraktionen entgegen der ursprünglichen Überweisung des Plenums vom 29. Juni 2022 an den Ausschuss für Schule und Bildung – federführend – sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen nach Vorlage einer Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen.)*

**Dilek Engin (SPD)** kritisiert scharf, dass die demokratischen Fraktionen auf ihr Gesprächsangebot weder reagiert noch einen eigenen Vorschlag vorgelegt hätten. Ihrer Fraktion gehe es darum, eine erneute Schließung der Schulen zu verhindern. Dies bezeichne sie als großen Fehler der Vergangenheit, der bei der Schülerschaft zu physischem und psychischem Leid geführt habe. Nach wissenschaftlichen Studien hänge zudem die Hälfte der deutschen Bevölkerung direkt oder indirekt von der Funktionsfähigkeit des Bildungswesens ab.

In der letzten Legislaturperiode hätten Armin Laschet und Yvonne Gebauer der SPD-Fraktion vorgeworfen, die Schulen schließen zu wollen. Stattdessen habe ihre Fraktion nur auf die Gefahr durch das damals unbekanntes Virus hingewiesen und deshalb das Solinger Modell vorgeschlagen. Als Teil der kritischen Infrastruktur müssten Schulen, Kitas und Bildungseinrichtungen dauerhaft geöffnet bleiben und brauchten einen Krisenplan. Die Auswirkungen der Schließungen könne man nicht innerhalb weniger Wochen aufholen. Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg hätten Schulen bereits zur kritischen Infrastruktur erklärt.

Ministerin Paul selbst habe in ihrer Pressemitteilung vom 3. Januar 2023 darauf hingewiesen, dass die Offenhaltung der Schulen und Kitas oberste Priorität zukomme, weil gerade Kinder und Jugendliche während der Pandemie unter den Einschränkungen gelitten hätten. Dafür müsse die Landesregierung nun die notwendigen Vorkehrungen treffen, um den sicheren Kita- und Schulbetrieb zu gewährleisten. Ministerin Paul selbst verlange, dass Bildungseinrichtungen endlich als Teil der kritischen Infrastruktur anerkannt werden müssten.

In der Anhörung hätten ebenfalls viele Sachverständige dafür plädiert, Schulen und Kitas zu einem Teil der kritischen Infrastruktur zu erklären, damit nicht das gesamte

System auseinanderbreche. Auch hätten sie in diesem Zusammenhang auf die hohe Vulnerabilität und die Kritikalität des Bildungswesens hingewiesen. Dabei gehe es nicht nur um die Pandemie, sondern beispielsweise auch um Naturkatastrophen wie das Flutereignis.

**Carlo Clemens (AfD)** wendet ein, zu Resilienz und Krisenfestigkeit der Schulen gehöre die weitgehende Gewährleistung des Präsenzunterrichts auch in Ausnahmesituationen, die konkret beurteilt werden müssten, anstatt auf abstrakte Szenarien zu verweisen. Auch Minister Lauterbach habe die Schulschließungen zwischenzeitlich als Fehler bezeichnet. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verlange von der Bundesregierung eine Stellungnahme zu den Schulschließungen während der Coronapandemie. Auch fordere der Antrag, sich auf den nächsten Coronaherbst vorzubereiten, noch mehr Ausstattung der Schulen mit Luftfiltern, Tests und Masken, womit er offensichtlich aus der Zeit falle; sei die Pandemie doch beendet.

Nun gehe es darum, die psychosozialen Schäden und die Lernrückstände sowie die politische Verantwortlichkeit aufzuarbeiten. Habe doch schon im Mai 2020 der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte das pauschale Verbot des Präsenzunterrichts als medizinisch nicht gerechtfertigt kritisiert. Die Sachverständigen hätten auch darauf hingewiesen, dass die konturlose Ausweitung des Begriffs der kritischen Infrastruktur Nachteile mit sich bringe. Handle es sich dabei doch um eine neue und kostenintensive kommunale Aufgabe, die insbesondere kleinere Kommunen überfordere und vor unlösbare Haftungsrisiken stelle. Die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Eltern sowie die Stärkung der Schulsozialarbeit, der Schulseelsorge und der Schulpsychologie müsse auch unabhängig von der Pandemie erfolgen.

**Claudia Schlottmann (CDU)** widerspricht, die Pandemie sei mitnichten vorbei, aber man habe in den letzten drei Jahren gelernt, mit ihr zu leben. Wie fantastisch die Schulen die Kinder in dieser Situation aufgefangen und was sie geleistet hätten, bezeichnet sie als eine der großartigen Leistungen der Schule. Mit Kitas und außerschulischen Bildungsangebote spielten sie dabei eine besondere Rolle, weshalb die damalige Koalition in der letzten Wahlperiode alles daran gesetzt habe, Schulschließungen zu verhindern, was sie nicht von allen Fraktionen sagen könne.

Die kommunalen Spitzenverbände hätten die konturlose Ausdehnung des Begriffs der kritischen Infrastruktur in der Anhörung abgelehnt, sofern es sich dabei um die Einbeziehung fast sämtlicher Lebensbereiche handle, weil man bei einer Krise nicht alle prioritär schützen könne. Insofern müsse man sich bei KRITIS sehr auf das Wesentliche konzentrieren.

**Franziska Müller-Rech (FDP)** erinnert mit Blick auf den Vorwurf von Dilek Engin auf die telefonische Rückmeldung ihrer Fraktion. Sodann stellt sie einen Sinneswandel bei der SPD-Fraktion fest, die sich nun nicht mehr auf Schulschließungen wie etwa nach dem Solinger Modell konzentriere. Schulen offenzuhalten, sei für die schulische und psychosoziale Entwicklung der Schülerschaft sehr wichtig. Der SPD-Antrag beziehe sich allerdings zu stark auf COVID-19. So fordere die Bundesministerin für Bildung und

Forschung auch nicht die Einbeziehung der Schulen in die kritische Infrastruktur speziell aus diesem Grund.

**Lena Zingsheim-Zobel (GRÜNE)** widerspricht, zum Antrag habe sehr wohl ein Austausch mit der SPD-Fraktion stattgefunden. Die Sachverständigen hätten die Einbeziehung der Schulen in KRITIS durchaus kritisch bewertet wie beispielsweise die kommunalen Spitzenverbände. Vielmehr brauche man gute Konzepte, um die Schulen und den Zugang zu Bildung jederzeit offenzuhalten, nicht aber Falschdarstellungen.

**Dilek Engin (SPD)** betont, die Kritik an der FDP-Fraktion richte sich mit Blick auf den personellen Wechsel nicht namentlich an Franziska Müller-Rech. Sie bestätigt Claudia Schlottmann, die Schulen hätten hervorragende Arbeit geleistet, woraus man aber nicht schließen dürfe, dass sie nicht Teil der kritischen Infrastruktur zu werden brauchten. Lena Zingsheim-Zobel bleibe die Argumentation, warum die Grünen den Antrag ablehnten, sowie einen Gegenentwurf schuldig. Der geäußerten Kritik, der Antrag fokussiere sich zu stark auf COVID-19, hält sie erneut das vergebliche Gesprächsangebot ihrer Fraktion für einen gemeinsamen Antrag entgegen.

**Jochen Ott (SPD)** erinnert mit Blick auf die Diskussion der letzten Wahlperiode über die Frage, ob man die Schulen schließen solle, an die zahlreichen Anträge seiner Fraktion, dies nicht zu tun, sondern sie krisenfest zu machen. Bis heute bleibe unverständlich, warum Waldschulen, Umweltstationen und außerschulische Lernorte monatelang geschlossen geblieben seien, obwohl im Freien durchaus pädagogische Angebote hätten gemacht werden können. In ihren Anträgen habe seine Fraktion seinerzeit mehrfach gefordert, den Schulen die Möglichkeit zu geben, kreativ zu sein und selbstverantwortlich zu handeln.

Die damalige Schulministerin Yvonne Gebauer erkläre nun bei „Westpol“ im Rückblick, zwar sei es ihr Ziel gewesen, die Einheitlichkeit in Nordrhein-Westfalen zu erhalten, räume aber zugleich ein, man hätte doch besser auf die Initiative der einzelnen Schulen vertrauen sollen, um vor Ort Lösungen zu finden wie etwa über das Solinger Modell, das gerade darauf abgezielt hätte, die Schulen nämlich über kleinere Präsenzlerngruppen unter permanenter Kontrolle offenzuhalten.

Nun brauche es ein Konzept für zukünftige Krisen, um die Schulen dann offenzuhalten, die noch immer nicht von heute auf morgen in den Krisenmodus umschalten könnten, denn schon bei einem Sturmereignis wie im Herbst falle der Unterricht einfach aus. Deshalb müsse man zwingend klären, ob die Schulen denn nun zur kritischen Infrastruktur zählen sollten, die im Bund verankert werden müsse. Dazu liege beim Bundesinnenministerium das Gutachten desselben Hamburger Wissenschaftlers vor, der an der Anhörung teilgenommen habe.

Mit Blick auf ihre Aussagen bezeichnet er die kommunalen Spitzenverbände als Vertreter staatlicher Einheiten, die vor komplexen Herausforderungen stünden, wenn man die Schulen zur kritischen Infrastruktur zähle, und erhebliche Kosten tragen müssten. Auch wenn der entsprechende Beschluss eine längere Umsetzungszeit benötigte, müsse die Politik eine Entscheidung treffen. Die ehemalige Schulministerin habe Anfang

des Jahres Schulen als Teil der kritischen Infrastruktur bezeichnet, was man nun mit Leben füllen müsse.

**Claudia Schlottmann (CDU)** stellt klar, sie wolle die Schulen keinesfalls alleine lassen, sondern sie weiter stärken.

**Gönül Eğlence (GRÜNE)** zeigt sich ob der Skandalisierung von Dilek Engin irritiert. Niemand wolle Schulen schließen, wobei es ihr insbesondere um Kinder und Jugendliche mit besonderem Unterstützungsbedarf gehe. Ihre Fraktion spreche sich lediglich dagegen aus, Schulen zu einem Teil der kritischen Infrastruktur zu erklären. Sie hält der SPD-Fraktion entgegen, es sei kontraproduktiv, die Hand auszustrecken und dabei zu bellen.

**Dr. Jan Heinisch (CDU)** bezeichnet die zurückliegende Pandemie als noch nie da gewesene Situation. Die von Jochen Ott etwa in der Sendung „Westpol“ angesprochene Aufarbeitung erlebe er als durchaus selbstkritisch, was er bei der SPD-Fraktion mit Blick auf ihre Anträge allerdings vermisse. Bis zur letzten Wahlperiode habe niemand den Begriff der kritischen Infrastruktur definiert. So habe der Bund damals beispielsweise vergessen, Bestatter dazuzuzählen. Bei den Schulen müsste man dann konsequenterweise auch darüber nachdenken, Kraftstoffvorräte für die Lehrkräfte anzulegen, damit sie sicher die Schule erreichen könnten, was zeige, dass dies nicht unbedingt passe. Auch dürfe man Schulschließungen nicht mit anderen Dingen wie etwa dem Wechsel von Präsenzunterricht und Distanzunterricht durcheinanderwerfen, was nicht zur fachlichen Debatte beitrage.

**Frank Müller (SPD)** gibt zu bedenken, aus der Einstufung als kritische Infrastruktur folgte ein Versprechen etwa in Form konkreten Regierungshandelns. Zudem hätten sich andere Bundesländer sehr wohl dafür entschieden. Worte allein reichten nicht aus, sondern es brauche eine Garantie für all diejenigen, die zum System Schule gehörten. Es dürfe nicht bei leeren Versprechungen bleiben, mit denen man bei der nächsten Krise wieder vor denselben Schwierigkeiten stünde, um hinterher wieder darüber nachzudenken, was man denn dann alles falsch gemacht und aus vorangegangenen Krisen nicht gelernt habe.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion, den Antrag abzulehnen.